

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Kai Gehring, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Oliver Krischer, Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Harald Ebner, Matthias Gastel, Stephan Kühn (Dresden), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Europaweiten Atomausstieg voranbringen – Euratom-Vertrag reformieren oder aussteigen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 25. März 1957 wurde in Rom der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) unterzeichnet. Ziel des Vertrags ist es „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernenergie zu schaffen, welche die Energieerzeugung erweitert, die Technik modernisiert und auf zahlreichen anderen Gebieten zum Wohlstand der Völker beiträgt“. Knapp 60 Jahre nach Vertragsabschluss ist weder das Ziel des Vertrags umgesetzt noch gibt es dafür eine Mehrheit unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Im Gegensatz zu den erneuerbaren Energien gibt es ausdrücklich keine Ausbauziele für Atomkraft und auch keine Erwähnung in den Europäischen Beihilfeleitlinien. Die antiquierte Privilegierung von Atomkraft durch den Euratom-Vertrag muss daher beendet werden.

Die Klimakrise, Wirtschaftskrise und Energieabhängigkeit von Importen stellen Europa vor große Herausforderungen, die nur mit einer gemeinsamen Energiewende gelöst werden können. In Deutschland wurde nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima mit dem fraktionsübergreifenden Bundestagsbeschluss vom 30. Juni 2011 das Ende der Atomkraft-Ära eingeläutet und damit der Weg frei gemacht für mehr erneuerbare Energien, Einsparung und Effizienz. In der Europäischen Union gibt es zwar nach wie vor vereinzelte Neubauvorhaben im Atombereich, jedoch konnte bisher keines dieser Projekte erfolgreich umgesetzt werden. Der Europäische Druckwasserreaktor (EPR) des französischen Herstellers Électricité de France (EDF) scheitert an allen Fronten. Im französischen Flamanville wird bereits seit 2007 an einem EPR gebaut. Die für 2013 geplante Inbetriebnahme ist schon lange passé. Mittlerweile wird die Fertigstellung für das Jahr 2018 ins Auge gefasst, über zehn Jahre nach Baubeginn. Die Baukosten sind explodiert: von 3,3 Milliarden Euro auf mindestens 10,5 Milliarden Euro. Die gleichen Probleme spielen sich beim EPR-Bau im finnischen Olkiluoto ab. Auch beim Neubauprojekt in Großbritannien Hinkley Point C handelt es sich um einen EPR. Dieser muss massiv staatlich subventioniert werden, da sich zu wenige Investoren finden. Die EU-Kommission, die

diese Förderung bewilligen musste, bezieht sich in ihrer Begründung für die Subventionen auf Artikel 40 des Euratom-Vertrages. Damit soll ein angebliches gemeinsames Interesse für den Ausbau der Atomenergie zwischen den Mitgliedstaaten belegt werden. Artikel 40 des Euratom-Vertrages verpflichtet die Europäische Kommission, sogenannte „Hinweisende Nuklearprogramme“ zu veröffentlichen. Was die Kommission jedoch ignoriert: In der letzten Veröffentlichung 2007/2008 heißt es: „Wichtig ist, dass in der EU in Kernenergieprojekte keine staatlichen Beihilfen fließen“.<sup>1</sup> Die Argumentation der Kommission ist inkonsistent und verschafft Atomstrom Wettbewerbsvorteile gegenüber Strom aus Gas- und KWK-Kraftwerken sowie gegenüber den erneuerbaren Energien. Aus diesem Grund haben Österreich und Luxemburg sowie eine Klärgemeinschaft aus Greenpeace Energy, Ökostrom AG und einem Dutzend Stadtwerke gegen die Kommissionsentscheidung rechtliche Schritte eingelegt. Die Bundesregierung hat entsprechende Anträge der grünen Bundestagsfraktion abgelehnt.

Während auf Grundlage von Euratom ein neues AKW gebaut werden soll, lehnte die Bundesregierung eine Revision des Vertrags bisher ab, weil sie ihn für eine „geeignete Rechtsgrundlage für Regelungen“<sup>2</sup> in Bereichen wie Sicherheitsforschung, internationale Kooperation und nukleare Sicherheit ansieht. Damit unterstützt sie weiterhin eine gefährliche, veraltete und teure Risikotechnologie in der EU, die im Falle eines GAUs nicht vor der deutschen Grenze halt macht. Gerade die grenznahen AKW sind in sehr schlechtem Zustand. In den belgischen Atomkraftwerken Doel-3 und Tihange-2 wurden 2012 eine Unzahl an Rissen festgestellt, im französischen Cattenom herrschen Mängel wie unzureichender Überflutungsschutz und ungenügende Erdbebensicherheit und im schweizerischen Beznau läuft das älteste Atomkraftwerk der Welt, bei dem erst kürzlich ähnliche Defekte wie in Belgien gefunden worden sind. Weiterhin legitimiert die Bundesregierung mit dem Euratom-Vertrag, dass große Summen an Steuergeldern für die Erforschung von Kernfusion, Transmutation und Reaktoren der IV. Generation ausgegeben werden – Technologien, die bei erfolgreicher Anwendung den Wiedereinstieg ins atomare Zeitalter bedeuten würden.

Der gesellschaftliche und politische Wandel in Bezug auf die geschwundene Akzeptanz der Atomkraft wurde im Euratom-Vertragstext ebenso wenig nachvollzogen wie der Aufstieg der erneuerbaren Energien. Hinzu kommt der undemokratische Charakter des Vertrags, denn das Europäische Parlament hat in Euratom-Angelegenheiten kein Entscheidungsrecht, z. B. im Hinblick auf die Höhe des Euratom-Budgets. Die EU hat die Chance als Energiewende-Union eine Schlüsselrolle sowohl im Kampf gegen den Klimawandel als auch gegen die zunehmende Abhängigkeit von fossilen Rohstoffimporten einzunehmen. Die EU hat sich mit der Roadmap 2050 zum Ziel gesetzt, ihre Emissionen bis 2050 um 80 bis 95 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Damit Atomausstieg und Energiewende europaweit gelingen, bedarf es einer grundlegenden Revision von Euratom, welche sowohl die Abschaffung der Sonderstellung der Atomkraft als auch die Schaffung einer Gemeinschaft für erneuerbare Energien zum Ziel hat. Die Bundesregierung hat zusammen mit anderen EU-Mitgliedstaaten in einer Erklärung zur Schlussakte von Lissabon vom 13. Dezember 2007 bereits ihre Unterstützung für eine zeitgemäße Veränderung des Euratom-Vertrags zum Ausdruck gebracht.

---

<sup>1</sup> Vgl. Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, Aktualisierung des Hinweisenden Nuklearprogramms 2007 im Zuge der Zweiten Überprüfung der Energiestrategie, KOM(2008) 776 endg.

<sup>2</sup> Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Revision des Euratom-Vertrages“ der Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 18/3539 vom 16.12.2014.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass schnellstmöglich eine Regierungskonferenz einberufen wird, die den Vertrag zur Gründung einer Europäischen Atomgemeinschaft grundlegend überarbeitet. Dabei soll die Bundesregierung auf folgende Neuausrichtung hinwirken:

- Die durch den Euratom-Vertrag festgeschriebene Sonderstellung der Kernenergie (Kernspaltung und Kernfusion) soll abgeschafft werden, insbesondere sollen alle Passagen des Euratom-Vertrages gestrichen werden, die Investitionen, Forschungsförderung und Genehmigungsprivilegien in die Atomkraft begünstigen. Die frei werdenden Mittel sollen stattdessen außerhalb von Euratom für die Forschung und Entwicklung von erneuerbaren Energien eingesetzt werden. Die Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Kernspaltung soll sich auf Sicherheits-, Entsorgungs- und Gesundheitsfragen beschränken.
- Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Atomenergie noch einige Zeit Teil des Energiemixes vieler Mitgliedstaaten bleiben wird, müssen höchstmögliche, verbindliche Sicherheitsstandards für Atomkraftwerke gelten. Die Kontrolle der Sicherheitsstandards soll verschärft werden. Zudem soll die Europäische Atomenergiebehörde den Austausch mit den Nachbarländern der EU ausbauen, um diese über Fortschritte bei Sicherheits- und Gesundheitsfragen zu informieren und ihnen bei der Umsetzung höchstmöglicher Sicherheitsstandards behilflich sein.
- Die Anlagen zur Zwischen- und Endlagerung müssen dem bestmöglichen Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen. Der Export von Atommüll und abgebranntem Kernbrennstoff muss verboten werden.
- Der europaweite Ausstieg aus der Atomkraft soll vorangetrieben werden. Hierbei steht der Euratom-Vertrag grundsätzlich in Frage, oder muss mit einem Enddatum versehen werden.
- Die Revision des Euratom-Vertrages muss die volle demokratische Kontrolle und Beteiligung durch das Europäische Parlament erreichen.
- Die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für erneuerbare Energien als Ersatz für Euratom muss vorbereitet werden.

Sollte diese Neuausrichtung auf europäischer Ebene nicht durchsetzbar sein, fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, den Euratom-Vertrag von deutscher Seite aus zu kündigen, was sowohl rechtlich möglich ist als auch bereits von der Ethik-Kommission für den Atomausstieg 2011 im Entwurf ihres Schlussdokuments als „die bessere Lösung“ empfohlen wurde.

Berlin, den 29. September 2015

**Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion**

